Bayerisches Staatsministerium
des Innern, für Bau und Verkehr

Statement des Bayerischen Staatsministers des
Innern, für Bau und Verkehr, Joachim Herrmann,

anlässlich der Vorstellung der Verfassungsschutzinformationen
für das 1. Halbjahr 2015

am 3. August 2015 in München

Inhaltsverzeichnis:

I.	Linksextremismus	2
II.	Islamismus, islamistischer Terrorismus, Cyber-Jihad	4
III.	Rechtsextremismus	11
IV.	Ausblick und Dank	20

Es gilt das gesprochene Wort!

I. Linksextremismus

G 7-Gipfel Elmau

Das politische Großereignis des ersten Halbjahres war der **G7-Gipfel in Elmau**.

Friedliche Demo in München

Die **größte Gegendemonstration** fand am 4. Juni in München mit **ca. 35.000 Teilnehmern** aus dem bürgerlichen Spektrum statt und verlief völlig **unproblematisch**. In Bayern kann jeder seine Meinung frei äußern, sofern dies auf friedliche Weise erfolgt.

Demgegenüber ist es der **gewaltbereiten linksextremistischen Szene** dank unseres umfassenden **Sicherheitskonzepts nicht gelungen**, im Werdenfelser Land größere **gewalttätige Aktionen durchzuführen**, wie sie im Vorfeld durch diverse Aufrufe, Videos etc. im Internet propagiert wurden.

Die **Analysen und Erkenntnisse** des Bayerischen Landesamts für Verfassungs-

schutz und der Nachrichtendienste aus dem In- und Ausland über anreisende Störer und beabsichtigte gewalttätige Aktionen haben die Sicherheitskräfte in die Lage versetzt, frühzeitig gegenzusteuern.

Mobilisierung kaum erfolgreich

Mit insgesamt bis zu 3.600 Personen, darunter **bis zu 700 gewaltorientierten Linksextremisten** aus dem In- und Ausland, blieb die tatsächliche Mobilisierung hinter den Erwartungen des Aktionsbündnisses „Stop G 7 Elmau“, in dem neben bürgerlichen Organisationen auch **autonome linksextremistische Gruppen** vertreten waren, deutlich zurück.

Das Echo in der linksextremistischen Szene auf den Ablauf des G7-Gipfels reichte von **Ernüchterung** bis hin zur gefeierten Fortsetzung der gewalttätigen Auseinandersetzungen anlässlich der EZB-Eröffnung im März.

II. Islamismus und islamistischer Terrorismus, Cyber-Jihad

Leider beweisen die **jüngsten Anschläge in Tunesien**, **Kuwait** und **Frankreich** erneut, dass die Gefahr durch den islamistischen Terrorismus auch auf längere Sicht fortbesteht.

Ausreisen Bund und Bayern

Und der „Nachschub“ an todes- und tötungswilligen Jihadisten reißt nicht ab: Aktuell sind **aus Bayern mehr als 65 Personen** in Richtung Syrien bzw. Irak ausgereist, oder beabsichtigen dies. **Bundesweit** gehen die Sicherheitsbehörden von **mehr als 720 Islamisten** aus, die auf Seiten jihadistischer Gruppierungen an Kampfhandlungen in Syrien und im Irak teilnehmen oder diese in sonstiger Weise unterstützen. Wie Sie an der **Grafik** sehen, ist dies innerhalb von zwei Jahren **mehr als** eine **Verzehnfachung**. Immer wieder befinden sich unter den Ausreisewilligen **Personen**, die im Rahmen des salafistischen Netzwerks „Die wahre Religion“ und

ihrem **Koranverteilungsprojekt „Lies!“ aktiv** waren.

100 Todesfälle, davon sechs aus Bayern

Bislang starben vermutlich etwa **100** Islamisten aus Deutschland bei Kampfhandlungen bzw. durch Selbstmordanschläge im Jihadgebiet Syrien/Irak, **sechs** davon **aus Bayern.**

Nutzung des Internets intensiviert

So rückwärtsgewandt ihre Ideologie auch erscheint, Jihadisten nutzen alle Möglichkeiten des **Internets** zur **Propaganda, Missionierung bzw. Rekrutierung** und zur **Steuerung** ihrer Kommunikation und Aktivitäten sowie zu elektronischen Angriffen auf den verhassten „Westen“. Sie passen sich dabei der Lebenswelt junger Menschen in westlichen Ländern an und verwenden Begriffe und Symbole, die die Jugendlichen aus der Alltagskommunikation im Internet kennen. Sie sind auch in den sozialen Netzwerken präsent. Auch dort erhalten Ausreisewillige **logistische Unterstützung**.

Insbesondere der **Islamische Staat** (IS) bedient sich des ganzen Spektrums der modernen Informations- und Kommunikationstechnologie. Er unterhält mehrere Medienstellen *(z.B. „al-Hayat Media Center)*, die u.a. brutalste Propagandavideos mit Massenhinrichtungen verbreiten. Ziel ist es, den IS als unerbittlich und unbesiegbar darzustellen und so **Abschreckung und Glorifizierung** miteinander zu verbinden.

Der IS verbreitet auch **eigene Online-Magazine** *(z.B. „DABIQ“)* mit aktuellen Meldungen aus den Kampfgebieten in Syrien. Dort wird auch zu Anschlägen gegen die Staaten, die Teil der Allianz gegen den IS sind, aufgerufen. Auch in Deutschland existieren entsprechende **Unterstützerseiten**, die die Erfolge des IS glorifizieren *(u.a. „FiWelt“ = Focus Islamische Welt)*.

Faszination für Minderjährige

Diese Propaganda zieht zunehmend auch **Minderjährige** an: Männliche Jugendliche identifizieren sich vor allem mit den Berichten über die „Erfolge“ der „Mujahidin“

(Gotteskrieger). Verblendete junge Frauen träumen von einem vermeintlich „gottgefälligen“ Leben in der Hauptstadt des IS-Kalifats Raqqa an der Seite eines Gotteskriegers, um so einen **Platz im Paradies** zu erlangen.

So hält sich eine Anfang 2015 ohne Wissen ihrer Eltern aus dem Großraum München **ausgereiste Minderjährige** wohl noch immer im Krisengebiet Syrien/Irak auf. Im Auftrag des IS **schwärmt** sie in sozialen Netzwerken vom **Leben** in der **Gemeinschaft des IS** und versucht Gleichgesinnte von den Vorzügen des Kalifats zu überzeugen. Ob diese Aussagen freiwillig erfolgen, lässt sich nicht nachvollziehen.

Präventionsnetzwerk Salafismus

Die **Radikalisierung** junger Menschen aus dem salafistischen Bereich ist **besorgniserregend**. Um Radikalisierung möglichst zu verhindern oder bereits in einem frühen Stadium einer weiteren Radikalisierung junger Salafisten zu begegnen, werden wir

daher zukünftig verstärkt auch **präventive Maßnahmen** nutzen.

Wir haben letzte Woche im Ministerrat die Errichtung eines ressortübergreifenden Bayerischen **Präventions- und Deradikalisierungsnetzwerkes gegen Salafismus** beschlossen. Es wird staatlicherseits im Wesentlichen durch das Innen-, Justiz-, Kultus- und Sozialministerium getragen.

Neben verstärkter Präventionsarbeit durch alle betroffenen Ressorts soll vor allem eine zentrale Stelle eingerichtet werden, die **Angehörige** radikalisierungsgefährdeter Personen und Radikalisierte im Frühstadium **berät** sowie **Ausstiegshilfen** für bereits radikalisierte Personen anbietet. Sie soll von einem zivilgesellschaftlichen Träger betrieben werden. Ansprechpartner für diese Beratungsstelle wird das Kompetenzzentrum gegen Salafismus sein, das beim Bayerischen Landeskriminalamt neu geschaffen wird. Für die zentrale Beratungsstelle stehen jährlich **rund 400.000**

Euro aus dem Polizeihaushalt zur Verfügung.

Cyber- Jihad

Islamisten tragen den **Jihad** zunehmend auch in die **virtuelle Welt**, indem sie versuchen, bestehende Internetseiten und Computernetzwerke durch elektronische Angriffe zu infiltrieren oder zu zerstören. In mehreren Verlautbarungen von Gruppierungen, die dem IS zuzurechnen sind, wurden **Cyberangriffe** als probates Mittel im Kampf gegen den Westen propagiert. Der IS versucht eine **jihadistische „Cyber-Armee“** aufzubauen und hierfür Personen mit entsprechenden IT-Kenntnissen zu gewinnen.

Bevorzugte Angriffsziele sind IT-Strukturen in den USA und Israel: Einzeltäter oder regionale Hackergruppen im arabischsprachigen Raum versuchen z.B. Webseiten zu verändern *(„Defacement“)*.

IT-Strukturen gegen Angriffe wappnen

Es ist nicht auszuschließen, dass auch deutsche bzw. bayerische Unternehmen,

Forschungseinrichtungen oder **kritische Infrastrukturen** in das Visier der Jihadisten geraten können. Ich appelliere daher an alle bayerischen Unternehmen, die **Sicherheit ihre IT-Strukturen** zu überprüfen und wenn nötig zu verbessern.

Die Hauptverantwortung für die Sicherheit von IT-Strukturen liegt zuvörderst bei den Unternehmen. Das vor kurzem verabschiedete **IT-Sicherheitsgesetz**, das Meldepflichten etabliert, ist dabei ein wichtiger Baustein für eine verstärkte Sicherheitsarchitektur.

Bei Bedarf steht Unternehmen mit dem **Cyber-Allianz-Zentrum** (CAZ) am Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz ein kompetenter Partner für die Beratung zu Verfügung.

III. Rechtsextremismus

Die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern reagieren frühzeitig auf Bedrohungen aus der rechtsextremistischen Szene.

Oldschool Society (OSS)

Anfang Mai durchsuchten rund 250 Beamte von Bundeskriminalamt (BKA), Bundespolizei und verschiedenen Landespolizeibehörden im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens des Generalbundesanwalts (GBA) die Wohnungen von **zehn Rechtsextremisten** der „Oldschool Society“ (OSS) in mehreren Bundesländern.

In Bayern waren **drei Personen** von den Exekutivmaßnahmen betroffen. Den Mitgliedern der rechtsextremistischen OSS wird vorgeworfen, eine **terroristische Vereinigung** gemäß §129a StGB gebildet zu haben. Nach den bisherigen Ermittlungen des GBA plante die OSS, in kleinen Gruppen **Anschläge** gegen bekannte **Salafisten und Moscheen** zu begehen. Konkrete Anschlagsziele oder Termine gab

es zunächst noch nicht. Die Ermittlungen des GBA dauern noch an.

Auch im 1. Halbjahr 2015 hat die rechtsextremistische Szene den **Aufbau von Parteistrukturen** in Bayern fortgesetzt. Sie erhofft sich, durch das **Parteienprivileg** stärker gegen staatliche Maßnahmen geschützt zu sein.

Partei DIE RECHTE

Die Partei **DIE RECHTE** hat seit April 2014 *(Gründung des Kreisverbandes München)* **drei weitere Kreisverbände** *(Nürnberg, Bamberg und Rosenheim)* gegründet.

40 Mitglieder im Landesverband

Dem am 24. Mai in **Kolitzheim** *(Landkreis Schweinfurt)* gegründeten **Landesverband** Bayern unter Vorsitz des bekannten Rechtsextremisten Philipp Hasselbach gehören **ca. 40 Mitglieder** an.

Das Landratsamt Schweinfurt hat die **Nutzung** eines ehemaligen Gasthofes in der Gemeinde als Parteizentrale **untersagt**. Ein **Eilantrag** gegen diese Anordnung

wurde vom bayerischen Verwaltungsgericht Würzburg am 23. Juni **abgelehnt**. Über die Klage ist noch nicht entschieden.

Verstärkte Präsenz

Landesverband und Kreisverbände der Partei DIE RECHTE versuchen durch Kundgebungen, provokative Demonstrationen und Einträge auf ihren Facebook-Profilen **verstärkt Präsenz** zu zeigen.

Anfang Februar schockierten Aktivisten des Kreisverbandes München vor dem Perlacher Einkaufszentrum Passanten mit einer **Scheinhinrichtung** nach dem Vorbild der Propagandavideos des Islamischen Staates. Die in Teilen der Bevölkerung bestehenden **Ängste** und Vorbehalte gegen Bürger muslimischen Glaubens sollten dabei **als Türöffner** für die eigene, rechtsextremistische **Ideologie** dienen.

Partei „Der Dritte Weg“

Die mit der Partei DIE RECHTE in Konkurrenz stehende Partei **Der Dritte Weg** verfügt in Bayern nach wie vor über **sechs Stützpunkte**.

Im Februar wurde der Stützpunkt Hochfranken/Vogtland in einen bayerischen Stützpunkt Oberfranken und einen Teile Sachsens und Thüringens abdeckenden Stützpunkt Vogtland aufgespalten.

Gedenkmarsch in Wunsiedel; 1. Mai-Kundgebung in Saalfeld

Auch die Partei **Der Dritte Weg** ist mit Veranstaltungen präsent. An einem „**Gedenkmarsch**“ anlässlich der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg nahmen am 14. Februar in Wunsiedel **ca. 100 Rechtsextremisten** teil. Zur rechtsextremistischen **1. Mai-Kundgebung in Saalfeld** *(Thüringen)* mobilisierte sie über 500 Rechtsextremisten, darunter etwa 200 aus Bayern.

Die Partei beabsichtigt zudem, in **2016** an den **Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz** teilzunehmen.

Agitation gegen Asylbewerber und Muslime

Themenschwerpunkte der rechtsextremistischen Szene sind die Agitation gegen **Asylbewerber** und gegen **Muslime**.

Die Rechtsextremisten setzen mit ihrer Hetze gegen Asylbewerber dort an, wo **Asylbewerberunterkünfte** in Planung bzw. Bau oder bereits eingerichtet sind.

Kundgebung in Bamberg

Dabei arbeiten die rechtsextremistischen Parteien trotz bestehender Rivalitäten zwischen den einzelnen Gruppierungen punktuell zusammen. An einer **Kundgebung in Bamberg** am 24. Januar unter dem Motto *„Bamberg wehrt sich! Nein zum* Asylmissbrauch“ nahmen neben Neonazis und einzelnen Hooligans auch Aktivisten und Sympathisanten der Parteien **Der Dritte Weg** und **DIE RECHTE** teil. Als Redner trat Sebastian Schmidtke, der Vorsitzende des NPD-Landesverbands Berlin auf.

Die Strategie der Rechtsextremisten ist immer gleich: Mit **Flugblattaktionen** und **Wortmeldungen** bei Informationsveranstaltungen *(Wortergreifungsstrategie)* von Gemeinden und Parteien versuchen Aktivisten der Szene ein **Klima der Ablehnung und Verunsicherung** zu erzeugen, in dem sie

eine **drohende Überfremdung** und Steigerung der Kriminalitätsrate durch die Asylbewerber heraufbeschwören.

Die Partei der **Dritte Weg** stellt auf ihrer Internetseite sogar einen **Leitfaden gegen Asylbewerberunterkünfte** mit Hinweisen zur Organisation des Protests sowie zu juristischen Fragestellungen zur Verfügung. Rechtsextremisten gerieren sich als **perfekte Kümmerer** und geben vor, durch einfache Lösungen komplexe Herausforderungen meistern zu können. Sie wollen sich selbst als einzige politische Kraft darstellen, die die Sorgen der Bürger ernst nimmt.

Angriffe auf Unterkünfte

In mehreren Fällen kam es auch zu **direkten Angriffen** auf **geplante oder** bereits genutzte Unterkünfte. So besteht auch bei dem **Brandanschlag** auf das Nebengebäude einer geplanten Asylbewerberunterkunft in **Reichertshofen** *(Landkreis Pfaffenhofen)* der **Verdacht** auf einen **rechtsextremistischen Hintergrund**.

Ich sage hier in aller Deutlichkeit: **Jeder Mensch**, der in Deutschland Zuflucht sucht, steht unter dem **Schutz des Grundgesetzes** und hat insbesondere Anspruch auf den **Schutz seiner Menschenwürde – unabhängig** davon, ob sein **Asylgesuch Erfolg hat** oder **nicht**. Wir gehen daher mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen diejenigen vor, die gegen Asylbewerber hetzen oder diese gar tätlich angreifen. In Bayern gilt **Null Toleranz für Extremisten!**

Islamfeindliche Agitation

Die Verbreitung von **islamfeindlichen Vorurteilen** wurde bis zum Jahreswechsel 2014/2015 gegenüber der Anti-Asylagitation **eher nachrangig** betrieben.

Im Zusammenhang mit der zunehmenden öffentlichen und medialen Präsenz **islamkritischer Bewegungen** wie der zuerst in Dresden bekanntgewordenen Protestbewegung PEGIDA *(die nicht vom Verfassungsschutz beobachtet wird)*, änderte sich dies.

Die Szene erkannte einen **Ansatzpunkt**, um eine größere Akzeptanz für ihre extremistische Ideologie zu erreichen. Sie setzte dabei sowohl auf die **Infiltration** bürgerlicher Bewegungen als auch auf die **Bildung eigener Gruppen**.

NüGIDA als eigene Plattform

Mit der **NüGIDA** *(„Nürnberg gegen die Islamisierung des Abendlandes“)* bildete die rechtsextremistische Szene eine **eigene Plattform**, wobei sie sprachlich bewusst an die verschiedenen –GIDA- Bewegungen aus dem bürgerlichen Spektrum anknüpfte.

Die erste Kundgebung von NÜGIDA fand am 16. Februar in Nürnberg statt. Die **rd. 150 Teilnehmer** gehörten überwiegend der rechtsextremistischen Szene an. Die Veranstaltung wurde sowohl von der NPD, als auch vom Nürnberger Kreisverband der **Partei DIE RECHTE** beworben.

Mobilisierung für BAGIDA rückläufig

Die anfänglich starke **Mobilisierung** der rechtextremistischen Szene für die Kundgebungen der (nicht der Beobachtung unterliegenden)

BAGIDA („Bayern gegen die Islamisierung des Abendlandes“; jetzt „PEGIDA- München“) in München ist mittlerweile **stark zurückgegangen.** An der ersten Kundgebung am 12. Januar nahmen insgesamt rund 1.500 Teilnehmer, darunter rd. **200 Rechtsextremisten** teil. Diese waren aus ganz Bayern angereist, teilweise auch aus anderen Bundesländern. Mittlerweile beteiligen sich an den Veranstaltungen **nur noch vereinzelt** Rechtsextremisten, eine koordinierte Mobilisierung ist nicht mehr feststellbar.

Hintergrund ist die bis Jahresmitte bestehende **Dominanz** von Vertretern der **verfassungsschutzrelevanten islamfeindlichen Szene** bei den Aktivitäten der **BAGIDA** und die damit verbundenen ideologischen Differenzen: Während für **Rechtsextremisten** der **Antisemitismus** ein Kernbestandteil ihrer Ideologie ist, begreifen sich die verfassungsschutzrelevanten Islamfeinde als **natürliche Verbündete Israels**.

IV. Ausblick und Dank

Meine Damen und Herren, **Extremisten** jeder Ausrichtung **fordern** den **Rechtsstaat heraus**. Lassen sie es mich plakativ ausdrücken:

Islamisten lehnen unsere aufgeklärte, demokratische Gesellschaftsordnung ab und wollen sie durch einen totalitaristischen **Gottesstaat** ersetzen.

Rechtsextremisten negieren die **Gleichheit aller Menschen** und stellen die Volksgemeinschaft über das Individuum.

Linksextremisten wollen eine **kommunistische oder anarchistische Gesellschaft** – jedenfalls keine parlamentarische Demokratie.

So unterschiedlich die Ideologien sind, so haben sie doch **einiges gemein**: Die **Ablehnung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung**, den **Einsatz**

modernster Kommunikations- und Marketingstrategien und das **Aufgreifen aktueller Themen**, um ihre Ideologie weiter zu verbreiten.

Wir stellen zudem immer wieder fest, dass Extremisten **Strategien** und **Taktiken** voneinander übernehmen und bei Bedarf sogar **zeitweise ideologische Gegensätze überbrücken** können.

Die bayerischen Sicherheitsbehörden setzen alles daran, **extremistische Umtriebe** im Ansatz zu **erkennen** und zu **unterbinden**. Staat, Verbände, Kirchen und **jeder Einzelne** an seinem Platz sind dazu **aufgefordert**, **menschenverachtenden**, **freiheitswidrigen Ideologien entgegenzutreten**, damit diese nicht in der Mitte der Gesellschaft Fuß fassen können. Das erfordert ein **klares Eintreten für unsere Demokratie**, auch wenn es manchmal unbequem sein mag.

Dank an LfV, Schlussworte

Lieber Herr **Dr. Körner,** ich **danke** Ihnen und allen **Mitarbeiterinnen** und **Mitarbeitern** des **Landesamtes für Verfassungsschutz** herzlich für Ihre **engagierte Arbeit** und das **gute** und **vertrauensvolle Miteinander**.